

LandInForm

2/2011

Auszug

Herausgeber:

Deutsche Vernetzungsstelle Ländliche Räume
dvs@ble.de
www.land-inform.de

Politikfolgen abschätzen: räumliche Typisierungen und ökonomische Modelle

Von Stefan Neumeier und Peter Weingarten

Lassen sich ländliche Räume bestimmten Typen zuordnen, um so die Folgen der ländlichen Entwicklungspolitik leichter abschätzen zu können? Diese Frage untersuchten die Wissenschaftler des EU-Projektes TERA-SIAP, indem sie exemplarisch Regionstypen erarbeiteten und mit ökonomischen Modellen verknüpften. Dabei konnten sie zeigen: Dieselbe Politikmaßnahme kann je nach Regionstyp ganz unterschiedlich wirken.

Wichtige Entscheidungen über die Ausgestaltung der Politik zur Entwicklung ländlicher Räume als der zweiten Säule der Gemeinsamen Agrarpolitik (GAP) in der Förderperiode 2014 bis 2020 rücken näher. Vor diesem Hintergrund wird zunehmend diskutiert, wie man über Computermodelle Folgen der Politik besser abschätzen und damit zur Entscheidungsfindung beitragen kann.

Bisher können quantitative, ökonomische Modelle Politikmaßnahmen zur ländlichen Entwicklung nicht EU-weit kleinräumig differenziert analysieren. Hierfür fehlen die erforderlichen Daten. Außerdem wäre der Aufwand, die Modelle an die Besonderheiten jeder einzelnen Region anzupassen, viel zu hoch. Eine mögliche Lösung besteht darin, beispielhaft für ausgewählte Regionen die Wirkungen bestimmter Maßnahmen abzuschätzen und die Ergebnisse anschließend auf vergleichbare Regionen zu übertragen. Dazu muss man die Regionen jedoch vorher typisieren. Die so gefundenen Typen können dann mit ökonomischen Modellen verknüpft werden.

Ländliche Räume vergleichbar machen

Während die Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD) ländliche Räume nach der Bevölkerungsdichte definiert, erweitern die bekanntesten Typisierungen auf EU-Ebene diese Definition um Daten zur Erreichbarkeit der Regionen oder zur Landbedeckung. Allerdings eignen sich diese nicht zur Folgenabschätzung von ländlichen Entwicklungsmaßnahmen, da sie nicht auf denjenigen Eigenschaften basieren, auf welche die Maßnahmen abzielen. Deshalb haben Wissenschaftler im Rahmen des Projektes TERA-SIAP (siehe Kasten) eigene Regions-

typen zur Diversifizierung der ländlichen Wirtschaft auf NUTS-3-Ebene (EU-Systematik der Gebietseinheiten für die Statistik) erarbeitet. In Deutschland entsprechen Regionen auf dieser Ebene den Landkreisen und kreisfreien Städten. Es wurden 1.242 Regionen, für die statistische Daten vorlagen, anhand folgender Kriterien klassifiziert:

- a) aktueller Stand der wirtschaftlichen Diversifizierung (Indikatoren: Bruttowertschöpfung der Landwirtschaft, Beschäftigte in der Landwirtschaft);
- b) Diversifizierung landwirtschaftlicher Betriebe (Indikator: außerlandwirtschaftliche Erwerbstätigkeit) und
- c) Diversifizierungspotenzial gemessen an der Erreichbarkeit der Region (Indikator: Erreichbarkeit von Bevölkerung mit dem Auto) und ihres touristischen Potenzials (Indikatoren: Betten pro Erwerbstätige, Verfügbarkeit und Nähe naturnaher Landschaften).

Nach diesen drei Kriterien und gemessen am jeweiligen EU-Durchschnitt teilten die Wissenschaftler die Regionen dann in die drei Klassen „durchschnittlich“, „überdurchschnittlich“ und „unterdurchschnittlich“ ein.

Deutschland steht im Vergleich gut da

Im Anschluss daran haben die Wissenschaftler die Ergebnisse für jede Region und Dimension mithilfe von Kreuztabellen zusammengefasst. Es entstanden 27 Kombinationsmöglichkeiten beziehungsweise Typen. Wie die Abbildung zeigt, befinden sich diejenigen Regionen mit der höchsten Diversifizierung und dem größten Diversifizierungspotenzial vor allem in Zentral- und Nordeuropa. Schlusslichter sind Zentralspanien, Griechenland und Litauen. Gemessen am EU-Durchschnitt ist die wirtschaftliche Diversifizierung in

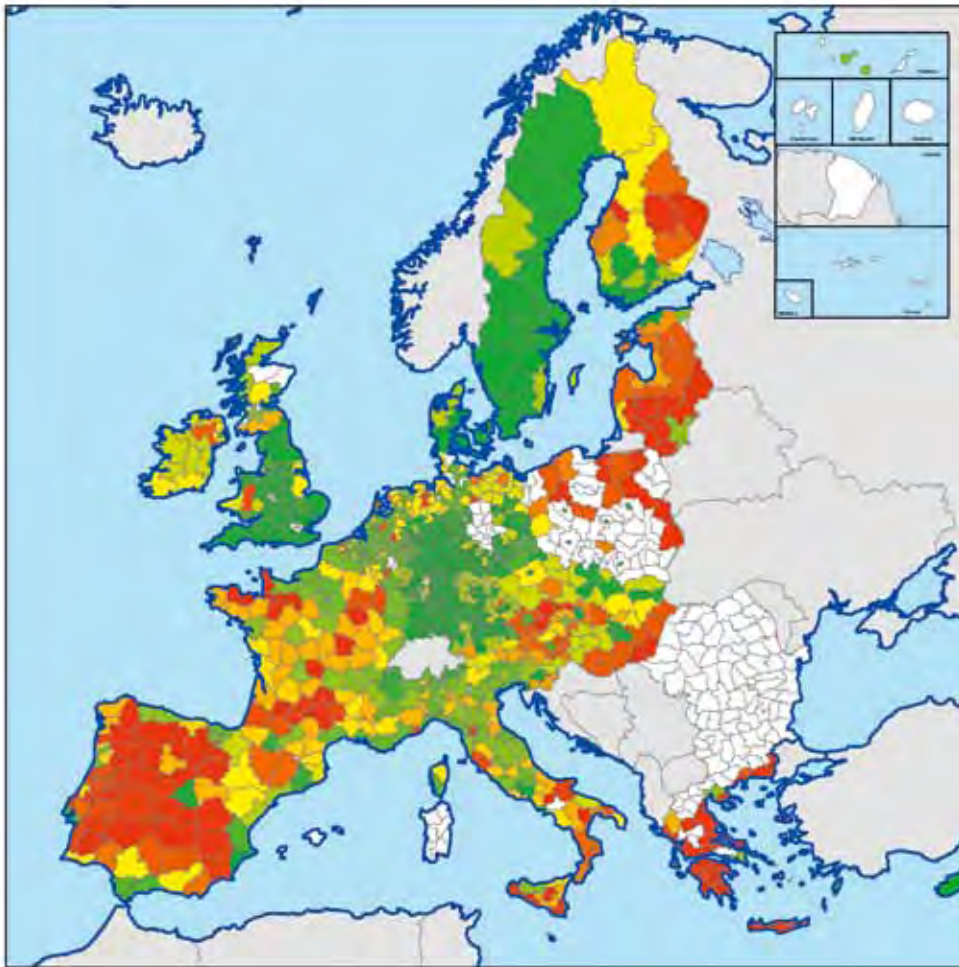
Deutschland insgesamt relativ hoch. In der Mehrzahl der Kreise des Landes liegt das Potenzial für eine zukünftige Diversifizierung über dem EU-Durchschnitt. Für Sachsen-Anhalt waren aufgrund einer Kommunalreform keine Daten verfügbar.

Regionstypen mit Modellen verknüpfen

Zunächst wählte das Forscherteam aus mehreren erarbeiteten Typen (111, 313, 331, 333) 16 Regionen aus, um die Verknüpfung der Typisierung mit ökonomischen Model-

Das TERA-SIAP-Projekt

Das Institut für Ländliche Räume des Johann Heinrich von Thünen-Instituts hat zusammen mit dem Millennium Institut der University of the Highlands and Islands in Inverness (Großbritannien) und der Universität Patras (Griechenland) von 2008 bis 2010 das Projekt TERA-SIAP („Building a Typology of European Rural Areas for the Spatial Impact Assessment of Policies“) bearbeitet. Beauftragt wurden sie vom Institut für Technologische Zukunftsforschung der Europäischen Kommission. Hauptziel war es, am Beispiel ausgewählter Maßnahmen der Achse 3 der zweiten Säule der Gemeinsamen Agrarpolitik exemplarisch zu testen, ob man durch eine Verknüpfung von räumlichen Typologien mit ökonomischen Modellen die Wirkung von Politikmaßnahmen besser abschätzen kann. Der Abschlussbericht des Projektes kann unter www.ipts.jrc.ec.europa.eu → publications → reports kostenlos heruntergeladen werden.



Wirkungen haben kann. So sind zum Beispiel die betrachteten Investitionen in Regionen mit einer diversifizierten Wirtschaft und hohem Diversifizierungspotenzial (Typen 313, 333) potenziell wirkungsvoller im Hinblick auf Produktionswert, Einkommen oder Beschäftigung als in anderen Regionstypen (Typen 111, 331). Im Unterschied dazu sind in Regionen, deren Wirtschaft stark von der Landwirtschaft bestimmt wird (Typ 111) sowie in Regionen mit diversifizierter Wirtschaft, hoher landwirtschaftlicher Diversifizierung und geringem Diversifizierungspotenzial (Typ 331) höhere Kapazitätsanpassungseffekte (etwa durch ein höheres Tourismusaufkommen) zu erwarten.

Daraus folgt, dass sich unterschiedliche regionale Bedingungen in der Ausgestaltung von Politikmaßnahmen niederschlagen sollten.

**Modellanalysen:
Einschränkungen
beachten!**

Zwar zeigt sich, dass mit diesen Typisierungen der ländlichen Räume, verknüpft mit ökonomischen Modellen, die Folgen möglicher Politikmaßnahmen besser abgeschätzt werden können. Allerdings ist bei der Interpretation der Ergebnisse zu berücksichtigen, dass hierbei oftmals stark vereinfachende Annahmen getroffen werden. Außerdem hängt sowohl die regionale Typisierung als auch die ökonomische Modellierung in starkem Maße von der Verfügbarkeit

kleinräumiger statistischer Daten ab. Auf NUTS-3-Ebene stehen solche Daten nur begrenzt zur Verfügung. Zudem bestehen hinsichtlich der Modellierbarkeit zwischen den Maßnahmen zur ländlichen Entwicklung große Unterschiede.

Typologie wirtschaftliche Diversifizierung

fehlende Daten			Klasse	N	%	Klasse	N	%	Diversifizierung der Wirtschaft - Diversifizierung der Landwirtschaft - Diversifizierungspotenzial
111	211	311	fehlende Daten	225	17,3	222	4	0,3	- 1 unterdurchschnittlich - 2 durchschnittlich - 3 überdurchschnittlich
112	212	312	111	79	6,1	223	23	1,8	
113	213	313	112	15	1,2	231	35	2,7	
121	221	321	113	31	2,4	232	21	1,6	
122	222	322	121	32	2,5	233	28	2,2	
123	223	323	122	10	0,8	311	41	3,1	
131	231	331	123	7	0,5	312	36	2,8	
132	232	332	131	13	1,0	313	127	9,8	
133	233	333	132	2	0,2	321	32	2,5	
			133	9	0,7	322	17	1,3	
			211	42	3,2	323	34	2,6	
			212	27	2,1	331	107	8,2	
			213	50	3,8	332	83	6,4	
			221	19	1,5	333	153	11,8	

© EuroGeographics for the administrative boundaries

Abbildung: Typisierung der wirtschaftlichen Diversifizierung, Quelle: Weingarten et al. 2010, a.a.O.

len zu testen. Für diese Regionen wurden sogenannte Input-Output-Modelle erstellt, die nach Wirtschaftszweigen untergliedert die Entstehung und Verwendung der wirtschaftlichen Produktion abbilden. Die Modelle wurden zum einen mit nationalen Daten zur wirtschaftlichen Produktion sowie mit nationalen und regionalen Daten zur Beschäftigung nach Wirtschaftssektoren gefüttert. Zum anderen gingen exemplarisch Investitionsdaten aus Projekten zur Diversifizierung der ländlichen Wirtschaft (hier: Tourismus) und zur Dorferneuerung in die Modelle ein. Basierend auf diesen Informationen errechneten die Modelle dann für die 16 Fallstudienregionen die poten-

ziell zu erwartenden Effekte. Betrachtet wurden hierbei die Auswirkungen, die von den Investitionen direkt ausgehen (Investitionseffekte), zum Beispiel im Bausektor, und die indirekten Auswirkungen, die auf der angenommenen Ausnutzung der zusätzlich geschaffenen Kapazitäten beruhen (Kapazitätsanpassungseffekte).

Regionen brauchen angepasste Maßnahmen

Die Ergebnisse der Modellierung zeigen deutlich, dass ein und dieselbe Politikmaßnahme bei verschiedenen regionalen wirtschaftlichen Bedingungen unterschiedliche

Mehr Informationen:

Dr. Stefan Neumeier
Prof. Dr. Peter Weingarten
Johann Heinrich von Thünen-Institut
Institut für Ländliche Räume
Telefon: 05 31 / 59 6 52 41
E-Mail: stefan.neumeier@vti.bund.de
www.vti.bund.de

Bilanz zur Halbzeit – Nach dem Spiel ist vor dem Spiel

Von Henrik Ebers, Regina Grajewski, Kim Pollermann und Wolfgang Roggendorf

Als Ende 2010 die Ergebnisse zur Halbzeitbewertung der ELER-Programme 2007 bis 2013 vorlagen, standen die Bundesländer schon in den Startlöchern für die Programmplanung 2014 bis 2020. So wird sich die Halbzeitbewertung weniger in Anpassungen in der laufenden Förderperiode niederschlagen als vielmehr Hinweise für die Neuprogrammierung liefern.

Die Ergebnisse der Halbzeitbewertung der sieben Bundesländer Hessen, Niedersachsen/Bremen, Nordrhein-Westfalen, Schleswig-Holstein, Hamburg und Mecklenburg-Vorpommern (siehe Kasten) sind nun offiziell. Sie zeigen: Insgesamt rund 1,4 Milliarden Euro an ELER-Mitteln einschließlich öffentlicher Kofinanzierung sowie rund 500 Millionen Euro ergänzende nationale Mittel wurden in diesen Bundesländern bis Ende 2009 ausgezahlt. Ordnet man die Mittelflüsse den drei wesentlich von den ELER-Programmen tangierten Politikfeldern Landwirtschaft, Umwelt und ländliche Entwicklung zu, zeigt sich, dass diese finanziell in etwa gleich gewichtet sind (siehe Abbildung 1). Aus den umfangreichen Berichten zur Halbzeitbewertung greifen wir hier beispielhaft vier Aspekte heraus: die Programmdurchführung, das Instrument Agrarinvestitionsförderung (Politikfeld Landwirtschaft), Wirkungen auf die Ziele der Wasserrahmenrichtlinie (Politikfeld Umwelt) und den methodischen Ansatz von Leader (Politikfeld ländliche Entwicklung).

Rahmen für Programmdurchführung bremst Engagement

Die EU ist mit ambitionierten Zielen für die Programmdurchführung in die Förderperi-

ode gestartet. Allerdings stehen diese Ziele in einem Spannungsfeld zueinander, das vielfach zu Konflikten führt. Auch der EU-Rechtsrahmen ist wenig geeignet, um den Erfordernissen der ländlichen Entwicklung Rechnung zu tragen, da er einen starken Standardisierungsdruck erzeugt, der innovative Projekte, Leader, Kleinstprojekte oder ehrenamtliches Engagement bei der Umsetzung von Projekten erschwert. Die Angst vor einer Rückforderung von Mitteln seitens der EU aufgrund von Unregelmäßigkeiten grenzt den Gestaltungswillen der Verwaltungen stark ein. Gestiegene Anforderungen der EU zum Umfang von Kontrollen sowie zur Zahl der Berichte, führen zu höheren Verwaltungskosten gegenüber der Vorperiode. Da sich der Durchführungsrahmen nicht grundlegend ändern wird, ist zukünftig beim Ausgestalten der Programme die Wirkungen der Maßnahmen unter Berücksichtigung von geringen Verwaltungskosten zu optimieren.

Auslaufmodell Agrarinvestitionsförderung?

Die Agrarinvestitionsförderung ist in allen Bundesländern außer in Schleswig-Holstein ein Förderschwerpunkt. Die Ergebnisse der Ex-post-Bewertung aus dem

Jahr 2008 sowie die Untersuchungen und Analysen der Halbzeitbewertung deuten darauf hin, dass die geförderten Investitionen bei den Betrieben überwiegend positive Effekte in Hinblick auf Produktivität und Rentabilität haben. Die beobachteten Effekte können allerdings nicht vollständig der Förderung zugeschrieben werden, da teilweise auch ohne diese investiert worden wäre. Befragungen bei geförderten Betrieben, Expertengespräche bei Banken, theoretische Überlegungen sowie Auswertungen der Investitionskonzepte zur langfristigen Kapitaldienstgrenze liefern Hinweise, dass Mitnahmeeffekte bei der Investitionsförderung ein ernst zu nehmendes Problem darstellen.

Angesichts des derzeit günstigen Zinsniveaus und der Bereitschaft der Banken zur Gewährung von Krediten wird daher empfohlen, die bestehende Kapitalförderung bereits kurzfristig deutlich abzusenken und eine Bürgschaftsregelung, die eine partielle Übernahme von Kreditausfällen durch staatliche Stellen vorsieht, anzubieten. So kann die Finanzierung von grundsätzlich rentablen Investitionen im Fall von fehlenden Sicherheiten gewährleistet werden. Für die nächste Förderperiode sollte eine Kapitalzuschussförderung an der Bereitstellung von öffentlichen Gütern (zum Bei-

Gemeinsame Bewertung in sieben Bundesländern

Für die Förderperiode 2007 bis 2013 haben sich die Bundesländer Hessen, Niedersachsen/Bremen, Nordrhein-Westfalen, Schleswig-Holstein, Hamburg und Mecklenburg-Vorpommern zusammengeschlossen, um eine Bewertung nach einem gemeinsamen Ansatz durchführen zu lassen. Die Federführung hat das Johann Heinrich von Thünen Institut (vTI); Kooperationspartner ist das Ingenieurbüro entera. Die Berichte zur Halbzeitbewertung sind der erste Meilenstein im Prozess der laufenden Bewertung. Die Berichte stehen in Kürze auf den Webseiten der Länderministerien zum Herunterladen zur Verfügung.

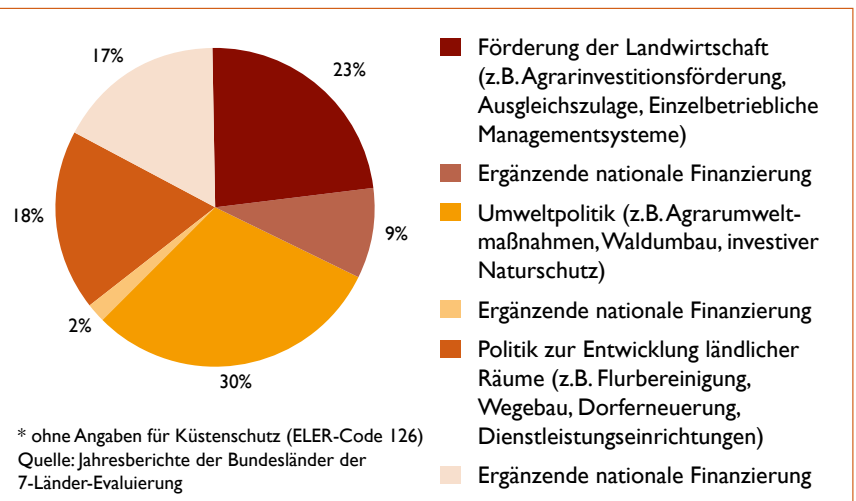


Abbildung 1: Ausgabenstruktur* nach Politikfeldern bis zum 31.12.2009 (einschließlich ergänzender nationaler Finanzierung)

spiel im Bereich Tier- oder Umweltschutz) ausgerichtet werden, sofern diese unter gegebenen Marktverhältnissen nicht in ausreichendem Maß angeboten werden.

Beitrag zur Wasserrahmenrichtlinie ausbaufähig

Bisher haben nur wenige Länder ihre Programme stringent auf die Ziele der Wasserrahmenrichtlinie (WRRL) ausgerichtet. Veranlasst durch die seit Anfang 2010 vorliegenden Bewirtschaftungs- und Maßnahmenpläne werden aber einige Programme derzeit gezielter an die Anforderungen der WRRL angepasst. Bis zur Halbzeitbewertung trugen vor allem Agrarumweltmaßnahmen (AUM) zur Reduzierung der – meist diffusen – Stoffeinträge in Gewässer bei. AUM mit Wasserschutzwirkung erreichen je nach Bundesland zwischen vier und 23 Prozent der landwirtschaftlich genutzten Fläche. Ihre geschätzte Reduzierungswirkung auf Stickstoffbilanzüberschüsse ist je nach Akzeptanz und Wirkungsgrad der Einzelmaßnahmen regional stark unterschiedlich. Bezieht man die Schätzungen auf landesweite Indikatorwerte für Stickstoffbilanzen, ergibt sich ein Minderungsbeitrag von zwei bis knapp zehn Prozent. Problemregionen oder -betriebe wurden durch wirksame AUM bisher kaum erreicht. Dies hat verschiedene Gründe, etwa fehlende Gebietskulissen oder eine unpassende Maßnahmenausgestaltung. Einige Länder haben bereits reagiert und ihr Förderangebot effizienter ausgestaltet.

Abgesehen von der Kalkung haben forstliche Maßnahmen wegen ihres geringen Flächenumfangs eine geringe Bedeutung zum Erreichen der WRRL-Ziele. Beratung und Bildungsmaßnahmen sind in Bezug auf unerwünschte Stoffeinträge zwar wichtige Bausteine in den WRRL-Strategien aller Länder, eine Integration solcher Angebote in die ELER-Programme findet aber nur ansatzweise statt. Maßnahmen zur Gewässer-

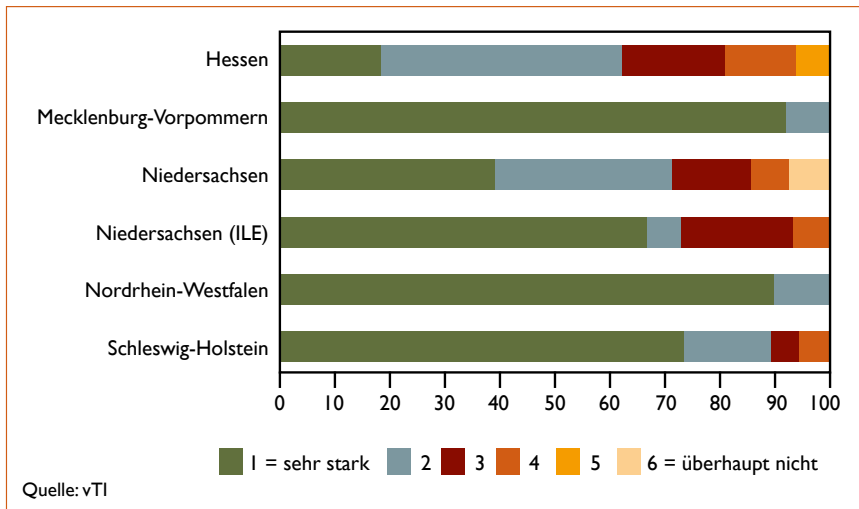


Abbildung 2: Umfrage Regionalmanager: Beeinträchtigt die nicht zulässige private Kofinanzierung die Umsetzung von Projekten? (n = 112)

entwicklung hingegen werden oftmals mit ELER-Mitteln kofinanziert, meist über ein Förderangebot im Rahmen der Maßnahme 323 – Ländliches Erbe. Solche wasserwirtschaftlichen Vorhaben werden darüber hinaus oft über Flurbereinigerungsverfahren umgesetzt.

Mainstreaming Leader: Stärken geschwächt

Im Zuge des Mainstreaming ist die Zahl der Leader-Regionen stark angestiegen. Eine Befragung der Lokalen Aktionsgruppen zeigte, dass man hiermit auch ein wesentliches Ziel der Leader-Methode erreichte: Die Zusammenarbeit der unterschiedlichen Akteure über kommunale Grenzen hinweg und das gegenseitige Verständnis füreinander haben sich verbessert.

Ein gravierendes Problem ist das Aufbringen der öffentlichen nationalen Kofinanzierungsmittel für die Projekte, insbesondere für private Zuwendungsempfänger (siehe Abbildung 2). Des Weiteren zeigte die Befragung der Regionalmanager, dass administrative Rahmenbedingungen die Fördermöglichkeiten zu stark beschränken. Dies steht der Entscheidungsfreiheit der Regionen zur Umsetzung ihrer Entwicklungskonzepte und letztlich dem Bottom-up-Prinzip entgegen. Auffällig war eine im Vergleich zu LEADER+ wahrgenommene Verschlechterung der Fördermöglichkeiten für innovative Projekte. Insgesamt sind die Kernelemente der Leader-Methode als gebietsbezogener partizipativer Förderansatz zwar im Mainstreaming erhalten geblieben. Damit aber auch ihre ursprünglichen Stärken wie „Innovation“ und „flexible Problemorientierung“ voll zur Geltung kommen können, müssten die Durchführungsbedingungen geändert werden.



Bild: Heilke Peter, 2009

Mehr Informationen:

Regina Grajewski
 Johann Heinrich von Thünen-Institut
 Bundesforschungsinstitut für Ländliche
 Räume, Wald und Fischerei
 Institut für Ländliche Räume
 Telefon: 05 31 / 59 6 52 17
 E-Mail: regina.grajewski@vti.bund.de
 www.vti.bund.de/de/institute/lr/

Vom Hähnchenstall zum Bioenergiedorf

Von Sören Bronsert

Landwirtschaftliche Stallbauvorhaben führen immer öfter zu Auseinandersetzungen mit den Dorfbewohnern. Die Gemeinde Hülseburg in Mecklenburg-Vorpommern zeigt, dass es anders geht: Landwirte und Dorfbewohnern machten gemeinsame Sache und brachten ihr Dorf damit ein ganzes Stück weiter.

Der Strukturwandel in der Landwirtschaft hält an. Der altbekannte Slogan „Wachsen oder weichen“ bringt die ökonomischen Bedingungen vieler landwirtschaftlicher Betriebe auf den Punkt. Dies gilt insbesondere für tierhaltende Betriebe, deren Weiterentwicklung häufig mit einem Stallumbau beziehungsweise Neubau verbunden ist. Diese Investitionsvorhaben stoßen in der Praxis immer öfter auf erheblichen sozialen Protest bei Dorfbewohnern und anderen Interessengruppen wie Umwelt- und Tierschutzverbänden. Ein Grund hierfür liegt in der äußerst geringen Akzeptanz der Landwirtschaft in der Gesellschaft (Becker und Oppermann, 1994).

Dörfer ohne Landwirtschaft

Eine Ursache ist der Rückzug der Landwirtschaft aus dem ländlichen Raum. Rund vier Prozent aller Erwerbstätigen in Deutschland, so das Statistische Bundesamt, waren 1991 noch in der Landwirtschaft tätig, 2009 waren es nur noch zwei Prozent. Immer weniger persönliche Berührungspunkte mit der Landwirtschaft führen zu einer stetigen Entfremdung. Diese Entwicklung hat auch die Struktur der Dörfer und die sozialen Beziehungen zwischen Landwirten und Dorfbewohnern verändert. Während die Stallanlagen heute aus vielen Dörfern

mehr und mehr verschwinden, ist deren Anziehungskraft als Wohn- und Lebensort für viele ungebrochen. Mit Ausweisung von preiswertem Bauland versuchen die Gemeinden, den Traum vom ländlichen Idyll für viele Zuzügler zu realisieren und somit den demografischen Wandel zu stoppen. Mit dem Zuzug verändert sich vielerorts das Zusammenleben in der Dorfgemeinschaft und deren Kommunikationsstrukturen. Landwirtschaftliche Themen verschwinden aus den Dorfgesprächen und werden somit unweigerlich zum Expertenthema und oft als Störfaktor für das Landleben empfunden.

Unterschiedliche Lösungsstrategien sind gefragt

Wie vielschichtig die Konflikte sein können und welche Strategien sich zur Lösung anbieten, hat die Universität Göttingen 2008 untersucht. Die Wissenschaftler konnten vier typische Konfliktfelder bei Stallbauvorhaben identifizieren:

Nachbarschaftskonflikte: Anwohner befürchten potenzielle Einschränkungen ihrer Lebensqualität durch Geruchsbelästigungen und Zerstörung des Landschaftsbildes und damit den Wertverlust von Immobilien.
Akzeptanzkonflikte moderner Tierhaltung: Nachbarn und Interessengruppen befürchten

schädliche Auswirkungen auf die Umwelt sowie den Tierschutz.

Akteurskonflikte: Anwohner stehen den Investitionsvorhaben ablehnend gegenüber, wenn der Bauherr oder der Investor von außerhalb kommt oder im Dorf nicht akzeptiert ist.

Inner- und außerlandwirtschaftliche Nutzungskonflikte: Landwirte und Dritte stehen im Konkurrenzverhältnis um die Ressource Boden.

Bei so unterschiedlichen Konflikten gibt es in der Praxis kein einfaches Lösungsrezept. Festhalten lässt sich jedoch: Zahlreiche Auseinandersetzungen beruhen auf Unwissenheit der Anwohner. Diese aufzuklären und einzubinden, kann vor Ort wahre Wunder bewirken. Schwieriger ist da schon die Lösung von Interessenkonflikten. Hier kann ein integrierter Dorfentwicklungsplan helfen, der den Ausgleich verschiedener Interessen zulässt und die Landwirtschaft als Standortfaktor sieht. Dass ein landwirtschaftliches Bauvorhaben nicht zwingend zu Konflikten führt, sondern auch zum Motor einer neuen Dorfentwicklung werden kann, zeigt das folgende Beispiel eines kleinen Dorfes in Mecklenburg-Vorpommern.



Bild: Axel Schulze



Auf dem Weg zum Bioenergiedorf wurden alle Dorfbewohner Hülseburgs mit einbezogen. Auch die Kinder des Kindergartens „Pustebume“ beschäftigten sich mit dem Thema.

Hülseburger machen's gemeinsam

Das Dorf Hülseburg im mecklenburgischen Landkreis Ludwigslust konzentriert sich in seiner Dorfentwicklung auf drei Schwerpunkte. Durch den Erhalt der Kindertagesstätte „Pustebume“ zogen verstärkt junge Familien aus Hamburg, Schwerin und Schleswig-Holstein in den Ort. Weitere Standbeine sind die örtliche Landwirtschaft und die autarke Energieversorgung. In der 177 Einwohner zählenden Gemeinde entstand Anfang 2010 die Idee zu einem Bioenergiedorf. Anstoß war der Plan des Landwirts Axel Schulze, in unmittelbarer Nähe zum Dorf eine Biogasanlage mit 500 Kilowatt Leistung und einer Stallanlage für 158.000 Masthähnchen zu bauen. „Natürlich gibt es auch bei uns Kritiker einer Massentierhaltung. Es ist uns jedoch gelungen, das landwirtschaftliche Bauvorhaben mit unserer Dorfentwicklung zu verbinden“, erklärt Brigitte Wolf, Bürgermeisterin von Hülseburg. In drei Bürgerversammlungen hat der Landwirt das Bauvorhaben transparent erläutert und das Für und Wider mit allen Betroffenen besprochen. „Bei diesem

Prozess half die gute soziale Integration der Landwirte im Dorfalltag und die Tatsache, dass die Gemeinde von jeher stark landwirtschaftlich geprägt war“, erläutert Gemeindevertreter Ulfert Schönfeld.

Bürger planen selbst

Für die Planung und Umsetzung der eigenen Wärme- und Stromversorgung gründeten die Bürger eine Arbeitsgemeinschaft. Aufgrund ihrer breit gefächerten Fähigkeiten konnten sie die juristischen, technischen und finanziellen Aspekte des Vorhabens aus eigener Kraft erörtern. Finanzielle Unterstützung für die Machbarkeitsstudie erhielt die Gemeinde unter anderem von der Norddeutschen Stiftung für Umwelt und Entwicklung in Höhe von 2100 Euro. Am Ende stand ein Energiekonzept für den Ort, das neben einem Nahwärmenetz auch die Idee einer Photovoltaikanlage in Bürgerhand beinhaltet. Diese wird auf der 1000 Quadratmeter großen Dachfläche der neuen Stallanlagen errichtet. Zukünftig werden also die Dorfbewohner sowie die vier Hähnchenmastanlagen direkt aus der Biogas- und Photovoltaikanlage mit

Nahwärme und Strom versorgt. Die Rohstoffversorgung der Biogasanlage mit Gülle, Mais und Getreide erfolgt in Kooperation mit dem zweiten örtlich ansässigen Landwirt Dietrich Groth. Für den Betrieb der Biogasanlage wurde die SH Biogaserzeugung Hülseburg GmbH & Co. KG gegründet (Geschäftsführer Herr Schulze). Die Photovoltaikanlage sowie das Leitungsnetz zur Versorgung der Häuser mit Nahwärme sollen über eine Genossenschaft getragen werden. Jeder Dorfbewohner kann über einen Genossenschaftsanteil ab 250 Euro seine Teilhabe am örtlichen Netz erwerben.

Energie-Eigenversorgung ist bald erreicht

Seit Weihnachten 2010 ist die Biogasanlage in Betrieb, der erste Stall für 39.500 Hähnchen wird Ende Juni 2011 in Betrieb genommen. Zwei weitere Ställe für zusammen 79.000 Tiere sollen 2012 fertiggestellt werden. Für den örtlichen Arbeitsmarkt entstehen in der Bauphase ein temporärer Arbeitsplatz und für das Betreiben der Biogasanlage dauerhaft eineinhalb Arbeitsplätze. Die Akzeptanz für das Projekt Bioenergiedorf ist seitdem ungebrochen. Nach Aussage der Hülseburger Bürgermeisterin Brigitte Wolf haben sich derzeit 80 Prozent der Haushalte für den Anschluss an das Nahwärmenetz ausgesprochen – mit steigender Tendenz. Die Anwohner versprechen sich deutliche Einsparungen gegenüber den üblichen Energiekosten, immerhin soll der Wärmepreis unter 10 Cent pro Kilowattstunde liegen. „Die Bürger hat vor allem der gemeinsame Nutzen für alle Beteiligten überzeugt“, ist sich Gemeindevertreter Ulfert Schönfeld sicher. Das ehrgeizige Ziel, die Dorfbewohner mit Bioenergie zu versorgen, soll mit der Heizsaison 2011/12 erreicht werden.



Mehr Informationen:

Brigitte Wolf
Bürgermeisterin Hülseburg
Telefon: 03 8 83 / 61 07 30
E-Mail: info@amt-hagenow-land.de

Ulfert Schönfeld
Gemeindevertreter Hülseburg
Telefon: 01 73 / 91 45 9 97
E-Mail: rechtsanwalt-schoenfeld@web.de

Axel Schulze
Landwirt & Geschäftsführer
SH Biogaserzeugung Hülseburg GmbH & Co. KG
Telefon: 01 70 / 73 60 7 97
E-Mail: info@lw-service.de

Regionale Produkte – ja gerne, aber was ist das genau?

Von Bettina Rocha

Nach Bio und Fair Trade nehmen nun zunehmend auch regionale Produkte einen eigenen Platz in den Verkaufsregalen ein. Ein guter Grund, sich stärker mit ihnen zu befassen, denn Erzeuger und Handel haben sehr unterschiedliche Auffassungen darüber, was Regionalität ist und ob Direkt- und Regionalvermarkter miteinander konkurrieren.

Auf Anregung der Landwirtschaftskammer Niedersachsen lud die Deutsche Vernetzungsstelle Ländliche Räume (DVS) am 25.02.2011 in Bonn zum Fachgespräch „Erfolgreich mit dem Lebensmitteleinzelhandel zusammenarbeiten – das Zusammenspiel von Direkt- und Regionalvermarktern“ ein*. Anlass war die Sorge der Landwirtschaftskammer, dass es in der Zusammenarbeit mit dem Lebensmitteleinzelhandel (LEH) zu einer Konkurrenz zwischen Direktvermarktern und Regionalvermarktern kommen könnte.

Umstrittenes Konkurrenzverhalten

Die meisten Teilnehmer des Fachgesprächs sahen Direkt- und Regionalvermarkter nicht als besonders große Konkurrenten an. Auch der LEH akzeptiere beide Gruppen als Partner, so Jörg Müller vom Bundesverband des Deutschen Lebensmittelhandels: „Entscheidend für die Verhandlungen sind nicht Organisationsstrukturen, sondern

der Umfang der Produktions- und Liefermengen und der Preis. Zentral für den LEH bleibt die zuverlässige und qualitativ hochwertige Warenversorgung.“ Ilonka Sindel vom Bundesverband der Regionalbewegung meint, ein Konkurrenzverhältnis zwischen Regional- und Direktvermarktern entstehe dann, wenn Regionalvermarktungsinitiativen über ihre eigene Region hinaus aktiv werden und der LEH mit ihnen zum Beispiel Exklusivverträge abschließt. „Die Initiativen müssen deshalb stärker miteinander kommunizieren, um Handlungsfelder abzustecken und Synergien zu nutzen.“ So befürchten in Bayern erste Regionalvermarktungsinitiativen den Verlust ihrer über Jahre erarbeiteten Marktstellungen. In Franken und Oberbayern gäbe es bereits Regionalmarken, wie etwa „Die Regionaltheke – von fränkischen Bauern“ und „UNSER LAND“. Eine zusätzliche Regionalmarke wie etwa „LANDMARKT“ empfinden die Initiativen nicht als notwendig. Dr. Elisabeth Seemer von der Landwirtschaftskammer Rheinland-Pfalz entgegnet: „LANDMARKT

ist keine Regionalmarke, sondern eine Initiative direkt vermarktender Landwirte. Bei LANDMARKT-Produkten werden die einzelnen Erzeuger dem Kunden durch Betriebsportraits und mit Hofhandzetteln an der Verkaufstheke vorgestellt. So entstehen Synergien zwischen Direktvermarktern und der Region, aus der sie kommen.“

Region oder Produzent im Mittelpunkt

Im Gespräch wurde schnell deutlich: Regional- und Direktvermarkter sind keine homogenen Gruppen mit einheitlichen Zielen und Standards. Regionalvermarkter treten häufig als Zusammenschluss der verschiedenen Partner einer Wertschöpfungskette auf – zum Beispiel in Form einer Dachmarke, wie der „Regionalmarke EIFEL GmbH“, vertreten durch Arndt Balter. Dachmarken arbeiten mit Labels, welche die in einer Region erzeugten und verarbeiteten Produkte präsentieren. Häufig haben diese Zusammenschlüsse ihren Ursprung in Re-

gionalentwicklungsinitiativen. Oft wird das Produkt durch weitere Eigenschaften definiert, etwa Gentechnikfreiheit oder seinen Beitrag zum Erhalt der Kulturlandschaft. Bei Direktvermarktern steht hingegen der einzelne Erzeuger eines Produkts im Zentrum der Kundenaufmerksamkeit, weniger die Region. Es sind Betriebe, die ursprünglich über Hofladen oder Wochenmarkt verkauft haben, nun aber einen Absatz über den LEH ohne Zwischenhandel suchen. Die Glaubwürdigkeit des Produktes ist eng verbunden mit der Persönlichkeit des Landwirts. Nicht alle Direktvermarkter sind Einzelkämpfer. Um ihre Interessen gegenüber dem LEH zu vertreten, schließen sie sich zusammen. Zum Beispiel in der Vereinigung Hessischer Direktvermarkter e.V., die „LANDMARKT“ entwickelte.

Auch die Vermarktungskonzepte beider Gruppen sind vielfältig: Die Teilnehmer des Fachgesprächs hatten unterschiedliche Auffassung über die Funktion eines Labels. So spricht sich Ilonka Sindel für einen optisch einheitlichen Auftritt der Produkte in den Regionaltheken aus: Das Label der Dachmarke Eifel könne die Aufmachung des Produktes ergänzen, „LANDMARKT“ durch die Gestaltung der Theken einen Rahmen bieten, in dem die individuell aufgemachten Produkte präsentiert werden.

Was heißt „regional“?

Die Frage, was ein regionales Produkt ausmacht, diskutierten die Teilnehmer sehr kontrovers. Nach dem Vermarktungskonzept „Bestes aus unserer Region“ der Supermarktkette EDEKA gelten solche Produkte als regional, die im Umkreis von 30 Kilometern um einen EDEKA-Markt hergestellt werden. Dabei müssen die Roh-

stoffe nicht komplett aus der Region stammen. Wie Harpreet Ahluwalia erklärte, verstehen Verbraucher laut EDEKA-Umfragen unter einem regionalen Produkt eines, das in der Region produziert werde. Dies gilt auch für Produkte einer Kaffeerösterei oder eines bekannten Traditionsunternehmens. Offenbar zählt der Bekanntheitsgrad einer alteingesessenen Firma, die darüber hinaus Arbeitgeber ist, für viele Verbraucher als positive Eigenschaft. Daran knüpft das EDEKA-Konzept an.

Die Vertreter der Regionalmarken und der Direktvermarkter hingegen waren davon überzeugt, der Verbraucher erwarte von einem regionalen Produkt, dass die Rohstoffe zu einem überwiegenden Teil aus der Region kommen. Darüber, ob auch Vorleistungen wie Futtermittel, regional produziert sein müssten, war man sich nicht einig. Ilonka Sindel argumentierte, der jeweils räumlich nächste geeignete Erzeuger eines Produktes oder einer Vorleistung sei als regional zu verstehen.

Konsens herrschte bei allen Teilnehmern aber darüber, dass es nahezu unerfüllbar ist, die Rohstoffe für verarbeitete Erzeugnisse komplett aus der Region zu gewinnen. Man denke nur an Zutaten wie Salz und Pfeffer.

Leben und leben lassen

Laut Dr. Elisabeth Seemer sind die meisten Direktvermarkter überfordert, wenn sie mit dem LEH verhandeln, oft käme es erst gar nicht zu Gesprächen. Insbesondere kleinere und mittlere Betriebe brauchen Unterstützung. „Wir haben festgestellt, dass in der Praxis bei qualitativ vergleichbaren Produkten Preisdifferenzen von bis zu 100 Prozent ausgehandelt werden.“ Erika Bull betonte: „Es kann und darf nicht sein, dass die gleichen Produkte im LEH güns-



Bild: Shutterstock

tiger sind als im Hofladen.“ Sabine Jansch erklärt: „Da bei EDEKA regionale Erzeuger ihre Produkte unter ihrem eigenen Label vermarkten, sehen wir uns als zweites Standbein – neben Hofladen und Wochenmarkt. Die Preise des Hofladens können gar nicht stark abweichen, sonst würde der Erzeuger unglaublich.“ Harpreet Ahluwalia ergänzt: „Wir müssen zwischen einem dezentralen und einem zentralen Geschäft unterscheiden. Bei einem zentralen (Lager-)Geschäft fallen beim Großhandel Logistikkosten an, die dem Erzeuger erspart bleiben. Beim dezentralen Geschäft beliefert der Erzeuger den LEH direkt, deshalb bekommt er dort im Vergleich höhere Preise.“ In beiden Fällen gelte, so Ahluwalia weiter: Der Verkaufspreis des Hofladens darf nicht der Einkaufspreis des LEH's sein. Für eine vertrauensvolle Zusammenarbeit müsse der Preis fair sein – und zwar für beide Partner.

Wie sich in dem Fachgespräch zeigte, bleiben regionale Produkte erklärungsbedürftig. Die einzelnen Direkt- und Regionalvermarkter und auch der LEH definieren Regionalität unterschiedlich, arbeiten mit verschiedenen Vermarktungskonzepten und stellen unterschiedliche Produkteigenschaften in den Vordergrund. Eine Zusammenarbeit zwischen unterschiedlichen Partnern wird sich immer dann ergeben, wenn die Vorstellungen bezüglich der mit dem Produkt zu transportierenden Werte übereinstimmen und alle Partner ausgewogen an der Wertschöpfung teilhaben.

* Neben den im Text zitierten Teilnehmern haben auch Dr. Christina Rempe, Bundesverband der Verbraucherzentralen e. V. und Anna Fieth, Cluster Ernährung NRW c/o AFC Management Consulting AG am Fachgespräch teilgenommen.



Bild: Gerd Altmann / Pixell

Mehr Informationen:

Bettina Rocha
Deutsche Vernetzungsstelle Ländliche Räume
Telefon: 02 28 / 68 45 38 82
E-Mail: bettina.rocha@ble.de
www.netzwerk-laendlicher-raum.de



„Je offener die Beteiligten, desto erfolgreicher das Regionalcoaching“

Stefan Schulte ist seit 1995 Leader-Regionalmanager der Region Burgwald Ederbergland. Er hat 2010 seine über Leader-Mittel finanzierte Ausbildung zum Regionalcoach abgeschlossen.

Herr Schulte, was hat Sie dazu veranlasst, sich zum Regionalcoach ausbilden zu lassen?

Durch meine 15-jährige Tätigkeit als Regionalmanager weiß ich: In der integrierten Regionalentwicklung geht es zum Teil um sehr komplexe Prozesse, bei denen

immer wieder größere Konflikte auftreten können. Diese können finanzieller Art sein oder auch an einzelnen Personen hängen. In meiner Region gab es

zum Beispiel ungünstige organisatorische Konstellationen. Ich war interessiert an Handwerkstechniken, wie sich solche Konflikte auflösen lassen.

Entsprach die Fortbildung Ihren Erwartungen?

Ich hätte nicht gedacht, dass die gelehrt Techniken und Methoden so wirksam sein können. Ihr hauptsächliches Lernziel ist es, die Konflikte mit den Augen anderer anzuschauen und darüber neue Wege zu erkennen. Durch bestimmte Fragetechniken

finden Menschen ihre eigenen Lösungen – gerade hier liegt der Unterschied zu einem normalen Beratungsgespräch. Im Wesentlichen geht es also darum, über die richtigen Fragen Prozesse zu optimieren. Sich etwa schon zu Beginn eines Prozesses zu fragen

„Wo ist das Ziel?“, ist sehr hilfreich. Alleine nimmt man sich für diese Reflexion oft keine Zeit. Ich fand es sehr befruchtend, dass auch andere Regionalmanager an der Fortbildung teilgenommen haben, dadurch entstand eine typische Win-win-Situation.

Was glauben Sie, wann ist solch ein Coaching für Regionalmanager besonders hilfreich?

Besonders dann, wenn Konflikte auftreten und Prozesse ins Stocken geraten. Meine Erfahrung ist, dass in jeder Regi-

on solche Situationen früher oder später entstehen. Mit dem Regionalcoaching kann man seine Sichtweise auf bestimmte

Dinge ändern und sich dadurch strategisch neu ausrichten.

Wo konnte Ihnen das Regionalcoaching bereits konkret bei Ihrer Arbeit weiterhelfen?

Insgesamt arbeite ich strukturierter und reflektiere meine Tätigkeit viel besser. Die Arbeit im Team hat sich wesentlich verbessert. Ein gutes Beispiel ist die Burgwaldmesse, bei der ich die interne Projektleitung habe. Die Prozesse konnte ich mithilfe des Coachings so optimieren, dass sich

die Messe trotz einer stressigen Vorbereitungs- und Durchführungsphase zu einem entspannten Miteinander entwickelt hat. Ein anderes Beispiel ist das transnationale Kooperationsprojekt „Hugenotten- und Waldenserpfad“. Hier waren die Sichtweisen der Akteure sehr unterschiedlich. Drei Welten

prallten aufeinander: die der Wanderer, die der Geschichts- und Kulturvereine und die des Marketings. Außerdem kamen auf transnationaler Ebene noch die Sichtweisen der unterschiedlichen Kulturen hinzu. Erst durch den Blick von außen konnte sichtbar gemacht werden, wo es hakt und wo die Lösungen liegen.

Konnten Sie auch Grenzen des kollegialen Coachings erkennen?

Die Grenzen der Methode liegen dort, wo der Gecoachte nicht bereit ist für ein offenes Gespräch.

Die Gespräche führte Anke Wehmeyer



Coaching als neues Instrument für die Regionalentwicklung

Coaching ist eine besondere Form der Beratung von Personen mit Management- und Führungsaufgaben und hat sich im Unternehmensbereich längst bewährt. Die Übertragung auf das komplexe System Regionalmanagement liegt somit auf der Hand. Denn auch hier ist eine Unterstützung zur Reflexion, Klärung oder Entscheidungsfindung sehr hilfreich. Das haben sich auch die Mitarbeiter

des Fachgebietes Ökonomie der Stadt- und Regionalentwicklung der Universität Kassel gedacht und bildeten – gefördert durch die Deutsche Bundesstiftung Umwelt – von April 2008 bis Mai 2010 erstmals zehn sogenannte Regionalcoaches aus. Einige dieser Regionalcoaches konnten ihre Ausbildung über Leader-Mittel finanzieren. Zwei der Teilnehmer haben wir zu ihren Erfahrungen interviewt.



Bild: privat

„Ich laufe nicht mehr so oft gegen die Wand, nehme häufiger die Tür“

Heidi Narberhaus ist seit Oktober 2004 Leader-Regionalmanagerin – zunächst in der Region Elbtaale (Niedersachsen) und später in der Region Stadt-Land-Fluss (Hamburg). Auch sie konnte ihre 2010 abgeschlossene Ausbildung zum Regionalcoach über Leader-Mittel finanzieren.

Frau Narberhaus, was hat Sie dazu veranlasst, sich zum Regionalcoach ausbilden zu lassen?

Während einer anderen Fortbildung erfuhr ich, dass Leader-Regionen in Deutschland gesucht wurden, die sich von angehenden Regionalcoaches beraten lassen möchten.

Ich war sehr interessiert, denn meine Region befand sich gerade im Übergang von der einen in die nächste Förderphase und diesen Übergang wollten wir optimieren. Mir war

der externe Blick auf die Region wichtig, weil ich das Gefühl hatte, den Wald vor lauter Bäumen nicht mehr zu sehen. Da habe ich mich spontan entschlossen, teilzunehmen.

Entsprach die Fortbildung Ihren Erwartungen?

Ursprünglich hatte ich etwas anderes erwartet. Ich habe unterschätzt, wie stark der Fokus auf der Lösung von Problemen auf emotionaler Ebene liegt. So musste ich

die gewohnte sachliche Ebene der Herangehensweise und Problembetrachtung verlassen. Darauf sollte man sich rechtzeitig einstellen. Meinen Horizont hat das aber

sehr erweitert. Diese emotionale Ebene gibt viel von der eigenen Persönlichkeit preis, das erfordert ein gutes, vertrautes Klima, um sich darauf einlassen zu können.

Was glauben Sie, wann ist solch ein Coaching für Regionalmanager besonders hilfreich?

Zu Beginn der neuen Förderphase habe ich das Regionalcoaching als sehr hilfreich erlebt, um die Weichen neu stellen zu können. Und neue Kollegen konnten sich dank der Analysemethoden, die ich in der Fortbildung gelernt und vor Ort eingesetzt habe, besser einfinden. Wir konnten zwi-

schenmenschliche Beziehungen besser einschätzen und so den Umgang miteinander erleichtern. An Punkten, wo man denkt, es geht nicht mehr weiter, ist das Regionalcoaching sehr hilfreich. Es ist also eine Methode, die nicht jeden Tag zur Anwendung kommt.

Wo konnte Ihnen das Regionalcoaching bereits konkret bei Ihrer Arbeit weiterhelfen?

Im Umgang mit schwierigen Personen hat es mir sehr geholfen. Ich kann jetzt mehr Verständnis für mein Gegenüber entwickeln und kann leichter die Perspektive wechseln. Ich laufe nicht mehr so oft gegen die Wand, ich nehme öfters die Tür. Meine eigene Arbeitsweise hat sich insofern verändert, dass

ich jetzt viel gelassener in Konfliktsituationen bin. Das Zusammenspiel zwischen Regionalmanagement und administrativer Ebene war auch nicht immer einfach. Auch hier hat mir die Fortbildung geholfen, meinen Blickwinkel zu ändern und den anderen Standpunkt besser zu verstehen.

Konnten Sie auch Grenzen des kollegialen Coachings erkennen?

Beim kollegialen Coaching wird gemeinsam nach einem Weg für ein Problem gesucht. Dieser Weg orientiert sich an den Möglichkeiten der Person, deren Fall besprochen wird. Mir persönlich hat das Coaching eigentlich immer

weiter geholfen. Wie stark genau, ist manchmal schwer zu beantworten, aber ich bin jetzt viel gelassener und investiere nicht mehr so viel Zeit und Kraft für Konflikte. Diese Zeit kann ich jetzt für andere Dinge nutzen.

kollegiales Coaching

Anwärmern 10 Min.

- Begrüßung
- Zeitrahmen und Erwartungen klären

Orientieren 10 Min.

- Themen sammeln + auswählen
- Rollen Coach / Kunde klären

Bearbeiten 60-90 Min.

- Ziele, Hintergründe erörtern
- Lösungen entwickeln
- Auswirkungen + Realisierbarkeit prüfen
- Maßnahmen, Schritte + Hausaufgaben festlegen

Abschließen 15 Min.

- Reflektion, Termin + Verabschiedung

! Rollenwechsel 1,5 Std. je Runde max 4 Runden/Tag

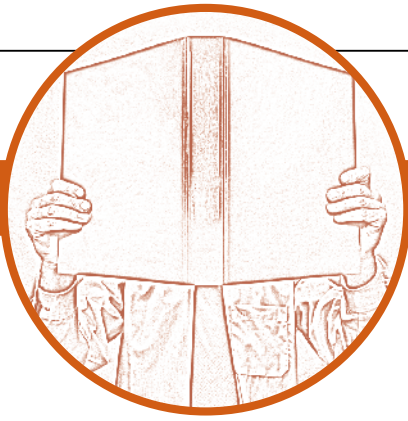
Quelle: kommunare, 2010

Kollegiale Beratung

Die „Kollegiale Beratung“, auch „Kollegiales Coaching“ genannt, ist ein Instrument des Regionalcoachings. Es beruht auf einem wechselseitigen Gespräch zweier Regionalmanager, die ihrem Gegenüber durch gezielte Fragen dazu verhelfen, Lösungen für Konflikte zu finden, die er oder sie allein nicht gefunden hätte. Die Deutsche Vernetzungsstelle Ländliche Räume finanziert Leader-

Managements eine Schulung zur kollegialen Beratung. Die Teilnehmer dieser Schulung finden sich selbst in Gruppen zu 5–6 Personen zusammen. Schulungsraum, Unterkunft sowie Verpflegung müssen von den Teilnehmern selbst organisiert werden.

Mehr Informationen: Anke Wehmeyer, Telefon: 02 28 / 68 45 38 41, E-Mail: anke.wehmeyer@ble.de



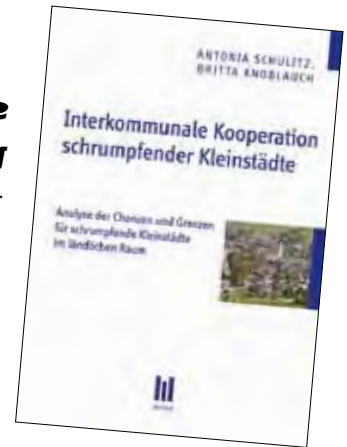
Von der Redaktion für Sie angelesen

Kooperation über kommunale Grenzen hinweg

Von Barbara Schulz-Hönerhoff

Der demografische Wandel trifft den ländlichen Raum besonders stark. Die Autorinnen Antonia Schulz und Britta Knoblauch untersuchen in der vorliegenden Diplomarbeit, wie kleine Städte und Gemeinden diesen Herausforderungen begegnen und welche Anpassungsinstrumente sie wirksam einsetzen. Anhand von Fallbeispielen aus der Praxis analysieren die Autorinnen Potenziale interkommunaler Kooperationen im Detail. Und sie geben auf dieser Grundlage Empfehlungen für verschiedene kommunale Handlungsfelder sowie für Akteure aus Regionalpla-

nung, Bund und Ländern. Die Autorinnen sehen in der interkommunalen Kooperation auf Basis regionaler Handlungskonzepte eine Chance, die Lebensqualität in ländlichen Räumen aufrecht zu erhalten. Die komplexeren werdenden Aufgaben sowie die sinkende Auslastung der Infrastrukturen ließen zu dieser Vorgehensweise keine andere Wahl. Dabei sei aber, so führen die beiden Diplomantinnen aus, die externe Unterstützung durch Fachleute essentiell – nur so könnten erfolgreich Konkurrenzsituationen moderiert und positive Lösungswege aufgezeigt werden.



Antonia Schulz, Britta Knoblauch, 2011: *Interkommunale Kooperation schrumpfender Kleinstädte – Analyse der Chancen und Grenzen für schrumpfende Kleinstädte im ländlichen Raum.* AVM-Verlag, München, 221 Seiten. ISBN: 978-3-86306-716-8



Wann machen Kooperation und Partizipation Sinn?

Von Isabell Friess

Eine nachhaltige Entwicklung kann es ohne Bürgerbeteiligung und Kooperation nicht geben – so eine häufig geäußerte Grundannahme. Doch trifft das wirklich immer zu? Diese Frage untersuchen die Autoren der vorgestellten Publikation, Heinrichs, Kuhn und Newig.

Nach den ersten zwei sehr theorielastigen Kapiteln zeigen die Autoren im dritten Kapitel, wie wichtig partizipative und kooperative Ansätze für verschiedene gesellschaftliche

Handlungsfelder wie Politik oder (Neue) Medien sind. Die Autoren diskutieren sowohl die Einsatzmöglichkeiten als auch die Grenzen dieser Ansätze. Besonders spannend wird es dann im vierten Kapitel: Hier nehmen die Autoren die Möglichkeiten von Kooperation und Partizipation in ausgewählten Praxisfeldern wie Altlastsanierung/ Abfallwirtschaft oder Klimawandel und Tourismus unter die Lupe. Sie beschreiben zum Beispiel anhand der Ergebnisse des Projektes „Die informierte Gesellschaft“ (Interreg 3b-Projekt SAFECOAST), welche Formen der Risikokommunikation sich Bürger wünschen und wie sie verschiedene Be-

teiligungsmethoden bewerten.

Die Publikation richtet sich vorwiegend an Politikwissenschaftler und Soziologen, das zeigt sich insbesondere an der Sprache. Jedoch sind die gewonnenen Erkenntnisse gerade im Hinblick auf die Möglichkeiten und Grenzen kooperativer und partizipativer Ansätze auch für Praktiker von Interesse.

Harald Heinrichs, Katina Kuhn, Jens Newig (Hrsg.), 2011: *Nachhaltige Gesellschaft. Welche Rolle für Partizipation und Kooperation? VS Verlag für Sozialwissenschaften, Wiesbaden, 222 Seiten.* ISBN: 978-3-531-17840-0

... angekündigt

Von Stefan Kämper

Call for Papers: Neue Funktionen und Nutzungen in ländlichen Räumen

Der Arbeitskreis „Ländlicher Raum“ der Deutschen Gesellschaft für Geographie sucht für seine Jahrestagung am **17. und 18. November 2011 in Soest (Westfalen)** Beiträge, die sich mit aktuellen Transformationsprozessen in ländlichen Räumen befassen. Beispielsweise mit dem

Entstehen neuer Energielandschaften, zunehmenden Konflikten zwischen Schutz- und Nutzungsinteressen oder dem Wandel ländlicher Immobilienmärkte vor dem Hintergrund des demografischen Wandels. Außerdem ist eine Auseinandersetzung mit Herausforderungen und

Akteuren einer „Rural Governance“ gewünscht. **Beiträge** können **noch bis zum 1. Juli** eingereicht werden.

Der Call for Papers und die Vorankündigung zur Tagung unter: www.uni-muenster.de/AKLaendlicherRaum

Projekte in kleinen Gemeinden

Mit dem Wettbewerb „Land und Leute – Bildung, Kunst und Kultur in kleinen Gemeinden“ sucht die Wüstenrot Stiftung bundesweit nach besonderen Angeboten in kleinen Gemeinden mit bis zu 5000 Einwohnern. Die **bis spätestens 1. Juli 2011 eingereichten Projekte** sollen auf dem Engagement von Bürgerinnen und

Bürgern beruhen, allen offenstehen und von der Kommunalverwaltung unterstützt werden. Sie sollen helfen, die Lebensqualität zu erhalten oder zu erhöhen, Vorhandenes zu bündeln und örtliche Identität zu stiften. Das Preisgeld beträgt insgesamt 25.000 Euro. Die Preisverleihung findet voraussichtlich im Frühsommer 2012 statt.



Ausführliche Informationen sowie die Anforderung der Wettbewerbsunterlagen: www.afa-sozialplanung.de/index.php/wettbewerbe_home.html

Wege durchs Land

„Wege in die Zukunft!? Neue Anforderungen an ländliche Infrastrukturen“ ist der Titel der 32. Bundestagung der Deutschen Landeskulturgesellschaft (DLKG), die vom **31. August bis 2. September 2011 in Mainz** stattfindet. Wirtschaftswege müssen nicht nur den Anforderungen moderner Maschinen, sondern auch vielfältigen Ansprüchen nichtlandwirtschaftlicher

Nutzer entsprechen. Ihr Bau unterliegt wirtschaftlichen Restriktionen. Ihr Aus- und Neubau ist aber auch deshalb auf das unbedingt notwendige Maß zu begrenzen, um Eingriffe in Natur und Landschaft zu minimieren. Vor diesem Hintergrund und unter der Prämisse, dass auch beim Wegebau zunehmend regional abgestimmt und gehandelt werden muss, sollen in Mainz

die Herausforderungen und Chancen der ländlichen Infrastrukturen in Workshops und im Plenum diskutiert werden.

Alle Informationen, Programm und Anmeldung unter www.dlkg.de, dort ist außerdem eine Publikation zu finden, welche die Tagung inhaltlich vorbereitet.

Plattform für regionale Produkte und Initiativen

Im Rahmen des **Tages der Regionen** werden wieder bundesweit Hunderte von Aktionen aus den Themenbereichen Landwirtschaft, Naturschutz und Tourismus über erneuerbare Energien, Soziales und Dienstleistungen bis hin zu Lebensmitteln, Handwerk und Gastronomie stattfinden.

Vom 23. September bis 9. Oktober 2011 sollen beispielhafte Aktionen regionale Initiativen aufzeigen, die

neben wirtschaftlichen auch soziale und ökologische Aspekte berücksichtigen – sprich Arbeitsplätze erhalten, ein faires Miteinander schaffen, Klima und Umwelt schützen. Dabei werden Zusammenhänge erlebbar. Wie sieht fairer, regionaler Einkauf aus oder wie kann ich gezielt Unternehmen in meiner Region unterstützen? Fragen, die auch am **Kerntag** der Aktion am **2. Oktober** im Zentrum des Projektes stehen.



Alle Informationen und Anregungen für Veranstaltungen, außerdem eine neue Aktionsbroschüre sind auf der Website des Aktionsbündnisses Tag der Regionen www.tag-der-regionen.de zu finden. Dort sind auch die Aktionsanmeldungen möglich.

LandInForm

Ab sofort möchte ich **kostenlos** LandInForm – Magazin für ländliche Räume abonnieren.

Bitte schicken Sie mir von jeder aktuellen Ausgabe _____ Exemplare.

Institution _____

Vorname/Nachname _____

Straße/Hausnr. _____

PLZ/Ort _____

Telefon _____ E-Mail _____

Datum _____ Unterschrift _____



Sie können LandInForm auch im Internet unter www.land-inform.de bestellen.

Bundesanstalt für Landwirtschaft und Ernährung
Deutsche Vernetzungsstelle Ländliche Räume
Deichmanns Aue 29
53179 Bonn